

# Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotte Nr. 12 — Sächsisch-Elbzeitung Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 527

Zeitsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Nitrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“  
„Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Abbestellen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 210

Bad Schandau, Donnerstag, den 8. September 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Reichspräsident von Hindenburg ist am Mittwochabend mit dem Fahrplanmäßigen Münchener Schnellzug von seinem Sommeraufenthalt in Bayern wieder in Berlin eingetroffen.

\* Die Neuwahlen der nichtständigen Ratsmitglieder in Genf werden am 15. September stattfinden. Am gleichen Tage wird das belgische Gesuch um Wiederwählbarkeitserklärung erledigt werden.

\* Im Auswärtigen Amt ist eine Note des Berliner polnischen Gesandten eingegangen, in der Dłuski gegen einen fälschlichen Angriff auf die Frau eines Beamten des polnischen Konsulats in Schneidemühl protestiert. Der Sachverhalt wird von zuständiger Stelle gegenwärtig geprüft.

\* Der Bürochef der Banca Commerciale Ferraris in Mailand ist unter dem dringenden Verdacht, Wechselräubereien in Höhe von 700 000 Lire begangen zu haben, verhaftet worden.

\* Wie der Mailänder Sonderkorrespondent des Temps meldet, sind Dienstag Karabiner in mehreren Lastautomobilen aus Mailand nach Rescaldina entsandt worden, um dort eine Revolte zu unterdrücken. Die Unruhen sollen dadurch hervorgerufen worden sein, daß die Menge einen Trunkenbold vor der Festnahme durch die Polizei schützen wollte. 24 Stunden lang soll die Bevölkerung Herr der Straße gewesen sein. Gegen die einrückenden Karabiner und die Regierung sei lebhaft demonstriert worden. 35 Ruhestörer sollen verhaftet worden sein.

## Die Untersuchung über den Frankfurterkrieg

Es wird weiter verhandelt.

Von einigen Seiten wurde verbreitet, der von Belgien veranlaßte und von Deutschland aufgenommene Plan, eine gemeinsame unparteiische Untersuchung über den sogenannten belgischen Frankfurterkrieg im Jahre 1914 zu veranstalten, sei infolge der später aufgetauchten Bedenken im belgischen Ministerrat aufgegeben. Das ist unrichtig. Im Gegenteil, zwischen beiden Teilen wird weiter verhandelt über die Frage, ob, wenn auch der jetzige Zeitpunkt für die gemeinsame Untersuchung nicht geeignet erscheine, man nicht doch für einen späteren Termin zu einem Übereinkommen gelangen könne.

Zwar erklären die nationalistischen Zeitungen Frankreichs, auf deren Eingreifen die Störung der Idee zweifellos zurückzuführen ist, der Prozeß gegen Deutschland müsse ein für allemal erledigt sein. In Belgien scheint man sich diesem Geschehniß nicht so unbedingt anzuschließen, sonst wären tatsächlich weitergeführte Verhandlungen sinnlos.

Der belgische Kriegsminister de Broqueville hat beschlossen, die zur Verminderung der belgischen Besatzung im Rheinland zurückzuziehenden 900 Mann, d. h. zwei Bataillone Infanterie, von Aachen nach Eupen und Matmedy zu verlegen.

## Der Generalkongress der englischen Gewerkschaften fordert Abbruch der Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften.

London. Der Generalkongress der englischen Gewerkschaften hat gestern dem Generalkongress in Edinburgh den Vorschlag unterbreitet, die Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften abzubrechen.

## Deutschvölkischer Reichsvertretertag.

Berlin. Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung hält ihre diesjährige Reichsvertretertagung am Sonnabend und Sonntag in Porta bei Minden (Westfalen) ab. Das Thema der Tagung am Sonnabend lautet: „Unser Freiheitskampf“. Über den völkischen Freiheitskampf in seiner weltpolitischen Bedeutung spricht Landtagsabgeordneter Wulle, über die kulturelle Bedeutung Landtagsabgeordneter Danke und über die soziale und wirtschaftliche Bedeutung Reichstagsabgeordneter Henning. Am Sonntag hält der Parteiführer Reichstagsabgeordneter v. Graefe einen Vortrag über das Thema „Wehrlos — ehrlos“.

## Die amtliche Großhandelsindexziffer im Monatsdurchschnitt August 1927.

Berlin, 7. September. Im Monatsdurchschnitt August betrug die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts 137,9, sie hat damit gegenüber dem Vormonat (137,6) um 0,2 v. H. angezogen. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,5 v. H. auf 136,8 (137,5) gesunken. Die Indexziffer der Kolonialwaren ging um 0,8 v. H. auf 128,8 (129,8) zurück. Bei den industriellen Rohstoffen und Halbwerten ist eine Steigerung der Indexziffern um 0,6 v. H. auf 133 (132,2) und bei den industriellen Fertigwaren eine solche um 0,8 v. H. auf 148,3 (147,1) eingetreten.

## Wirtschaftlicher Stachelbraut.

Von Regierungsrat a. D. Mertens-Würzburg.

Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat bekanntlich mit einer Entschließung geendet, die den möglichst weitgehenden Abbau aller dem internationalen Warenaustausch entgegenstehenden Hindernisse forderte. Gemeint sind hiermit in erster Linie die Zölle. Außer in diesem Streit waren vor allem England und Frankreich. Ihnen schloß sich der deutsche Regierungsvertreter mit Worten der Ueberzeugung an. Man sollte also annehmen, daß wir — mindestens in Europa — vor einer Ära des Freihandels stehen. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus?

Der Freihändlerische Gedanke hat seine Heimat in England. Dies findet seine natürliche Erklärung darin, daß das gewaltige, sich über die ganze Erde erstreckende Selbstversorgungsgebiet des „empire“ als wirtschaftlich straff durchorganisierte Einheit von dem Eindringen fremder Konkurrenz kaum etwas zu befürchten, dagegen die größten wirtschaftlichen — und in ihrem Gefolge politischen — Vorteile zu erwarten hatte, wenn es gelang, die übrigen Völker als ständige Abnehmer englischer Erzeugnisse zu gewinnen. Dazu mußten diese billig, d. h. ihre Einfuhr zollfrei sein. Solange England beherrschende Weltmacht war, trat es für den Gedanken des Freihandels teils mit Gewalt ein (z. B. Opium), teils vertrieb es ihn als „Weltanschauung“. Das Bild änderte sich jedoch, als England seine Vorherrschaft an die Vereinigten Staaten abtreten mußte. Auf Grund ihrer ganz anders gearteten Wirtschaftsbedingungen stellte sich die neue Weltmacht Amerika auf Hochschutzzoll ein, und sofort wurde England Schutzzöllner. Dies ist es, trotz aller schönen für die bekannten andern, die nicht alle werden, gehaltenen Reden einzelner „Wirtschaftsführer“ bis heutigen Tages.

Und nun erst Frankreich! Als man auf der Tagung der Internationalen Handelskammer-Konferenz in Stockholm sich zu den Genfer Beschlüssen über Zollabbau bekannte, war gerade in Paris ein Hochschutzzolltarif angenommen, dessen die deutsche Einfuhr schwer schädigende Wirkung wir nach Abschluß des Handelsvertrages sehr bald spüren werden.

Die Frage: „Schutzzoll oder Freihandel?“ ist eben keine grundsätzliche oder gar Weltanschauungsfrage, sondern lediglich eine technische Angelegenheit der Wirtschaftspraxis, noch richtiger vielleicht eine Machtfrage. Nach seinen eigenen Wirtschaftsbedingungen entscheidet sie der jeweils Mächtige.

Nur im ideologisch weltfremden, aber prinzipienfesten Deutschland gibt es „Freihändler“ und „Schutzzöllner“ aus Ueberzeugung. Dabei hat es selten in der Wirtschaftsgeschichte eine Lage gegeben, in der einem Volke der Weg, den es zu gehen hatte, so klar vorgezeichnet war wie heute uns: Von 1924 bis Ende Juni 1927 haben wir um rund 9 Milliarden Mark mehr ein- als ausgeführt. Das war nur möglich durch die Zereinnahme von Auslandsanleihen die wir jetzt mit etwa 900 Millionen Mark jährlich verzinsen müssen. Daneben stehen die Darlehenlasten mit 2½ Milliarden Mark ab 1928/29. Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung an sich hat sich nicht gehoben, sondern ist durch die Kapitalien aus dem Ausland künstlich gesteigert worden. Diese Gelder müssen aber einmal zurückgezahlt werden! Angesichts der nicht nur von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, vielmehr von der ganzen handelsbetreibenden Welt geübten, auf Stärkung der eigenen Nationalwirtschaft gerichteten Hochschutzzollpolitik ist es uns unmöglich, unsere Gläubigerstaaten zwecks Abtragung unserer Schulden mit Waren zu überschwemmen. Es bleibt uns nur das Mittel der Verringerung der Einfuhr. In erster Linie kommen hierfür die Lebensmittel in Betracht, deren Einfuhrwert im ersten Halbjahr 1927 etwa zwei Milliarden Mark betrug. Sie können zum größten Teil durch Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft im Inland erzeugt werden. Ferner kann durch eine Anpassung der Produktion industrieller Waren an den Verbrauch die Einfuhr von Rohstoffen beschränkt werden. Hierzu muß die Industrie ihren Blick mehr auf den Binnenmarkt richten. Zur Förderung der Rentabilität der Gesamtproduktion der deutschen Volkswirtschaft aber brauchen wir Zollschutz. Wenn wir, wie man sagt, mit dem „Einreißen der Zollschranken“ den Anfang machen wollen, so werden wir auf wirtschaftlichem Gebiete genau die gleichen Erfahrungen machen wie mit unserer Entwaflung auf dem militärischen. Ebenso wenig wie hier werden wir dort die Abrüstung der andern erreichen. Um das eine wie das andere durchzuführen, sind nämlich nicht Verträge oder Kongresse die geeigneten Mittel, sondern — Geschütze. Da wir diese nicht haben, andererseits auch wirtschaftlich das am meisten bedrückte und bedrohte Volk sind, müssen wir, um unser Leben zu behaupten, alles daran setzen, von den spärlichen uns verbliebenen Machtmitteln nichts mehr preiszugeben.

## Neue Wendung der Lage in Genf

### Einbringung des polnischen Vorschlags durch mehrere Mächte.

Genf, 7. September. Die juristischen Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Gaus, Fromageot und Sir Cecil Hurst sind heute um 18 Uhr zusammengetreten, um eine endgültige Redaktion des polnischen Vorschlags vorzunehmen. Im letzten Augenblick haben sich gewisse Schwierigkeiten eingestellt. In der endgültigen Formulierung waren folgende zwei Punkte aufgenommen:

1. Jeder zur Lösung von internationalen Streitfällen begonnene Krieg ist verboten;
2. Sämtliche internationale Streitfälle müssen durch ein obligatorisches Schiedsgericht geregelt werden.

Wie verlautet, sollen nun in den Beratungen der juristischen Sachverständigen neue Formulierungen ausgetauscht sein. Das endgültige Ergebnis der Juristenbesprechung, die gegen 21,30 Uhr beendet war, ist noch nicht bekannt geworden. Wie in den späten Abendstunden verlautet, ist eine neue Änderung der Situation eingetreten. Es besteht die Absicht, den von den Juristen geprüften Text der polnischen Resolution nicht von Polen allein, sondern von mehreren Mächten in der Vollversammlung einzubringen. Welche Mächte den gemeinsamen Text der Vollversammlung vorlegen werden, steht zurzeit noch nicht fest.

Diese Mächte werden selbst den von ihnen unterbreiteten Text in längeren Erklärungen begründen.

Die deutsche Delegation tritt heute um 22,15 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um endgültig zu dem vorliegenden polnischen Text Stellung zu nehmen. Im Laufe des Abends hatte Dr. Stresemann eine längere Unterredung mit Chamberlain. Es steht zur Stunde noch nicht fest, ob die Entscheidung bereits morgen erfolgen wird, da eine Delegation sich Bedenken erheben hat, um mit ihren zuständigen Stellen in Verbindung treten zu können. Unter diesen Umständen wird die für morgen festgesetzte Rednerliste aller Botschaften nach noch geändert werden. Im Falle einer Einigung im Laufe des morgigen Tages dürften neue Nennungen für die Rednerliste vorliegen. Dr. Stresemann wird im Rahmen der Generaldebatte zu dem polnischen Antrag, der allerdings in Zukunft der gemeinsame Antrag mehrerer Mächte sein wird, Stellung nehmen. Falls eine Einigung über

den gemeinsamen Text zustande kommt, wird aller Voraussicht nach der holländische Antrag zurückgezogen werden. Der neue gemeinsame Text der Mächte, die, wie man allgemein annimmt, entweder die Locarnomächte oder die Rheinlandpaktmächte sein werden, muß in der Vollversammlung eine Zweidrittelmehrheit erhalten, um ohne Ueberweisung an eine Kommission angenommen werden zu können.

### Der Text der Entschließung geheimgehalten

Genf, 7. September. Die heute abend völlig unerwartet bekannt gewordene Tatsache, daß der Antrag der polnischen Delegation nach Umarbeitung durch das Juristische Komitee am morgigen Tage von einer Gruppe von Mächten eingebracht wird, bedeutet gegenwärtig eine völlige Änderung der Situation.

Der jetzt neu hergestellte Text des Resolutionsentwurfes wird von allen beteiligten Delegationen auf das strengste geheimgehalten, doch ist bekannt geworden, daß der Entwurf den Sicherheitsgedanken auf eine breitere und allgemeinere Basis stellt und grundsätzliche allgemeine Friedensversicherungen sämtlicher Mitglieder des Völkerbundes untereinander enthält. Falls diese Resolution von der Vollversammlung angenommen werden sollte, muß in notwendiger Folge das Abrüstungsproblem eine neue Behandlung erfahren.

Eine von sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes angenommene Entschließung über eine neue und allgemeine Sicherung des Friedensgedankens muß unabweislich als erster Schritt zu der nachfolgenden allgemeinen Abrüstung derjenigen Mächte führen, die bisher sich einer Durchführung der Abrüstung entzogen haben, obwohl durch den Versailler Vertrag die deutsche Abrüstung nur als Einleitung der allgemeinen Abrüstung ausdrücklich erklärt worden ist.

In Berliner politischen Kreisen lehnt man vorläufig eine Stellungnahme zu diesen Genfer Meldungen ab, da sich die einzelnen Mächte zu strenger Verschwiegenheit über die Einzelheiten des polnischen Vorschlags verpflichtet haben. Immerhin verlautet soviel, daß die deutsche Delegation nur einer Formulierung ihre Zustimmung geben könne, die die berechtigten Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes berücksichtigt. Unter allen Umständen wird deutscherseits darauf geachtet werden, daß nicht unter dem Titel neuer Friedensversicherungen der von polnischer Seite immer wieder unternommene Versuch, eine Stabilisierung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Grenzverhält-